

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 11.09.2024

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 22:00 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
 Frau Koschig 1. Stellvertreterin
 Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 44 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beantragt die Herunternahme des Tagesordnungspunktes 8.24, da dieser Antrag in keinem beschließenden Ausschuss vorberaten wurde.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, berichtet als Einreicher der Anträge TOP 8.22 sowie TOP 8.24., dass die Anträge von der Tagesordnung genommen und in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen werden:

- TOP 8.22 in die Ortschaftsräte,
- TOP 8.24. im Haupt- und Personalausschuss sowie in der Arbeitsgruppe Hauptsatzung/Geschäftsordnung.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beantragt die Herunternahme des TOP 8.23.

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, betritt die Sitzung. (45)

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erläutert, dass dem Antrag zur Änderung der Tagesordnung von Herrn Stadtrat Brozowski nicht entsprochen werden kann.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, beantragt als Miteinreicher, dass die Fraktionsvorlage im TOP 8.21. in den Fachausschuss zurückverwiesen wird.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf erläutert, dass die Fraktionsvorlage bereits in den Fachausschüssen behandelt wurde und somit eine Zurückverweisung nicht möglich ist. Er empfiehlt den Tagesordnungspunkt zu behandeln und dann im Tagesordnungspunkt einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, weist darauf hin, dass eine Verweisung in Arbeitsgruppen nicht möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck zieht als Einreicher den TOP 8.4. zurück.

Der **Stadtratsvorsitzende** stellt die geänderte Fassung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 43:01:01

3 Verpflichtung der Stadträte zur Erfüllung ihrer Amtspflichten

Frau Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, betritt die Sitzung. (46)

Frau Isolde Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, **Herrn Christian Focke**, Fraktion CDU, **Herrn Uwe Ebeling**, Fraktion AfD, **Frau Dr. Gerit Grünthal**, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sowie **Herrn Martin Grünthal**, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wird aufgrund von der Abwesenheit zur konstituierenden Sitzung folgende **Verpflichtungserklärung abgenommen**:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

4 Genehmigung der Niederschriften vom 19.06.2024 und 03.07.2024

Der Stadtratsvorsitzende bringt die Niederschriften der Sitzungen vom 19.06.2024 sowie 03.07.2024 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 19.06.2024: 33:00:13

Niederschrift vom 03.07.2024: 40:00:06

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 03. Juli 2024 bis 11. September 2024:

- Am 11.09.2024 wurde die zweite Fertigungslinie der Firma Merz gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Dr. Haseloff eingeweiht.
- Am 05.09.2024 fand der erste Spatenstich zum Baubeginn einer Photovoltaikanlage im DHW statt.
- Ab dem Wintersemester 2024/25 wird erstmals der neue Masterstudiengang Nachhaltige Stadtentwicklung angeboten.
- Am 19.08.2024 wurde die Unterschriftenliste der Bürgerinitiative zur Bundesgartenschau entgegengenommen.
- Am 22.08.2024 feierte die freiwillige Feuerwehr in Roßlau ihr 150-jähriges Jubiläum.
- Es fanden zahlreiche Festlichkeiten innerhalb der Stadt statt, u. a. das Heimat- und Schifferfest, das Bauhausfest, die Eröffnung der neuen Spielzeit, der Tag des offenen Denkmals, die Eröffnung der Seniorenwoche sowie der 30. Geburtstag der Johannisloge.
- Der Umweltpreis wurde der Stadt Dessau-Roßlau verliehen.
- Das Projekt Summer of Pioneers begann am 01.07.2024.
- Vom 18.09. bis zum 08.10.2024 wird die Woche der Nachhaltigkeit stattfinden.
- Es wurden insgesamt 54 Einbürgerungen durchgeführt.
- Seit Anfang August sind neue digitale Serviceleistungen verfügbar, u. a. die Ummeldung und elektronische Wohnsitzanmeldung sowie der Antrag auf Einbürgerung.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 19.06.2024 bekannt:

- Beschlussfassung nach § 6a der Geschäftsordnung
- Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 – Durchführungsvertrag
- Beauftragung einer Sonderprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

5.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

6 Einwohnerfragestunde

Frau Marx, Fraktion AfD, erscheint zur Sitzung. (47)

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert über das Vorliegen einer schriftlichen Anfrage. Aufgrund der Abwesenheit wird die Anfrage schriftlich beantwortet. Die Antwort wird auf der Internetseite der Stadt eingestellt.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Unternehmensangelegenheiten Wirtschaftsplan 2024 der Industriehafen Roßlau GmbH Vorlage: IV/031/2024/II-20BTM

Während des Tagesordnungspunktes wird eine Pause von 10 Minuten durchgeführt, da im Tagungsraum keine Verbindung zum WLAN hergestellt werden konnte.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist darauf hin, dass die Sitzungsunterlagen im Vorfeld herunterladen sind, damit die Arbeitsfähigkeit während der Sitzung sichergestellt ist.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr George, Bündnis90/Die GRÜNEN, möchte wissen, welche konkreten Schritte zur fachgerechten Wiederbesetzung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten ausgeführt werden. Weiterhin möchte er erfahren, ob Überlegungen bezüglich der Aufgabenverteilung auf andere Positionen getätigt werden. In der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde bekannt gegeben, dass die ehemalige Stelleninhaberin die Stadtverwaltung verlassen hat. Der politische Wille war es, dass die Stimme der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Dessau-Roßlau gehört und gestärkt wird. Dies bedarf der vollen Konzentration des Beauftragten auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen. Er appelliert, dass der ursprüngliche Konsens beibehalten und die Stelle so besetzt wird, wie sie politisch beschlossen wurde. So soll die Teilhabe der jungen Menschen der Stadt Dessau-Roßlau zukünftig nachhaltig gefördert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass im Rahmen der aktuellen Haushaltssperre eine 5-monatige Wiederbesetzungssperre festgelegt wurde. Somit ist vor jeder externen Stellenneubesetzung zu prüfen, ob interne Alternativen bestehen. Die Nachbesetzung der Stelle des hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten wird nach erwähnter Abfolge erfolgen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, berichtet über eine Bürgerversammlung, welche am 04.09.2024 in der Sporthalle der Waldorfschule in Mosigkau stattgefunden hat. Das Thema war die Entstehung eines Kinder- und Jugendheimes in der Anhalter Straße 37 in Mosigkau. Vorab wurden Absprachen mit dem Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren bezüglich der Einladung des Landesjugendamtes sowie der zukünftigen Betreiber zu der o. g. Veranstaltung, getroffen. Die Betreiber haben sich im Nachhinein beschwert, dass sie nicht eingeladen wurden. Seinem Kenntnisstand nach ist die Betreiberin Mitglied in einer Social Media Gruppe, wo ausgiebig über die Veranstaltung diskutiert wurde und sie sich aktiv daran beteiligt hat. Herr Stadtrat Mrosek informiert darüber, dass die zukünftigen Betreiber bereits bekannt sind und sie hauptsächlich unbegleitete minderjährige Asylsuchende betreuen, wofür die Stadt Dessau-Roßlau 7.000 Euro pro Minderjährigen und Monat bezahlt. Ferner stellt er folgende Fragen:

- Wie viel unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden derzeit in Dessau-Roßlau betreut?
- Gibt es eine biologische Altersfeststellung für die Asylsuchenden?
- War das Jugendamt der Stadt Dessau-Roßlau mit vor Ort, als das Objekt besichtigt wurde?
- Wer war bei der Besichtigung alles vor Ort?
- Wer sind die Betreiber?
- Gibt es Möglichkeiten zur Verhinderung der Betriebserlaubnis?

Ferner übergibt er einerseits der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün eine Sammlung von 54 Schreiben, die an das Bauordnungsamt gerichtet waren, bezüglich der Immobilie. Andererseits übergibt er dem Oberbürgermeister, stellvertretend für die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, eine Unterschriftenliste mit 281 Unterschriften, die gegen das angedachte Objekt in Mosigkau sind. Weiterhin informiert er über eine Petition mit bereits 306 Unterschriften, die sich gegen die Errichtung des Objektes richtet. Seiner Meinung nach wird eine erfolgreiche Integration der Asylsuchenden an diesem Ort misslingen.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN, informiert über eine Abmachung, dass im öffentlichen Teil einer Sitzung keine Klarnamen zu nennen sind. Er bittet um Einhaltung der Abmachung.

Ferner thematisiert er das Sommerfest an der Pestalozzischule, welches am Sonntag stattfand. Mit einem großen Engagement hat die Lehrerschaft ein Schulfest organisiert, wo u. a. der Kinderzirkus Raxli-faxli vor Ort war. Weiterhin bedankt er sich bei den Bikern mit Herz für Kinder für die Rundfahrt von über 500 Motorrädern, wo eine Spendensumme von 9.300 Euro erzielt wurde. Diese Summe wird dem neuen Spielplatz der Pestalozzischule zugutekommen. Des Weiteren weist er nicht nur auf den maroden Zustand des Spielplatzes hin, sondern auch auf den desolaten Zustand des Schulgebäudes sowie der Haustechnik. Es ist an der Zeit, dass auch diese Schule saniert wird, um den Schülern sowie Lehrkräften ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld zu bieten. Er berichtet, dass eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales in der o. g. Schule stattfinden soll, um einen Eindruck der Gegebenheiten vor Ort zu erlangen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist auf die Beschlusslage zu den Prioritäten im Schulbau hin. Seinem Kenntnisstand nach sollte die Prioritätenliste fortgeschrieben und dann im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, geht auf das gut besuchte Bürgerforum am 19.08.2024 in der Marienkirche ein. Wie man bereits bei der Unterschriftensammlung der Bürgerinitiative erkannt hat, möchte der Bürger ein Mitspracherecht sowie eine umfassende Aufklärung, damit eine objektive Entscheidung getroffen werden kann. Seiner Meinung nach wurden während der Veranstaltung mehr die Vorteile der Bundesgartenschau betrachtet und die Risiken vernachlässigt. Laut der Aussage des Oberbürgermeisters steht die Stadt Dessau-Roßlau in den künftigen Jahren vor großen Herausforderungen, u. a. das Städtische Klinikum sowie der Bevölkerungsrückgang. Dieser Rückgang wird sich in den Finanzmitteln, der Kaufkraft, der Steuerkraft sowie in den Finanzausweisungen bemerkbar machen. Dass die Bundesgartenschau die Lösung der Herausforderungen ist, sieht Herr Stadtrat Ratzmann als problematisch an. Denn ein Bevölkerungszuzug nach einer Bundesgartenschau konnte noch nicht statistisch nachgewiesen werden. Um der Entwicklung des Bevölkerungsrückgangs entgegenzuwirken, bedarf es seiner Meinung nach den Standort für Investoren attraktiv zu gestalten, z. Bsp. durch vernünftige Steuersätze und der Bereitstellung von Gewerbeflächen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass in der Präsentation sowohl die Chancen als auch die Risiken thematisiert wurden. Für ihn ist es wichtig auf die Chancen, die eine Bundesgartenschau mit sich bringt, hinzuweisen. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stimmt Herrn Stadtrat Ratzmann zu, dass zur Gewinnung von Bürgern attraktive Gewerbesteuerhebesätze sowie Gewerbeflächen dazugehören. Aber zunächst muss der Wirtschaftsstandort in den Fokus von Investoren geraten und mit positiven Assoziationen verbunden sein. Dafür ist die Durchführung einer Bundesgartenschau gut geeignet.

Herr Laurens Nothdurft, Fraktion AfD, thematisiert das Vorhaben sowie die Finanzierung des Ersatzneubaus der Zerbster Brücke in Roßlau. Die Brücke stellt eine Bedeutung für den Ort, die Stadt sowie für das Land dar, da sie als Verbindung der Zentren Dessau-Roßlau und Magdeburg dient. Wie bereits bekannt ist, gibt es eine Förderrichtlinie, wo die Förderung des Ersatzbrückenbaus an die Durchführung der Bundesgartenschau gekoppelt ist. Herr Stadtrat Nothdurft stellt folgende Fragen:

- Welche Anträge, Anfragen und Gespräche hat die Stadtverwaltung in den letzten Jahren unternommen, um Fördermittel des Landes zu erhalten?
- Welche Überlegungen und Schritte hat die Stadt unternommen, um mit Blick auf den anstehenden Übergang der Straßenbaulast der Bundesstraßen als Ortsdurchfahrten nach §5 Bundesfernstraßengesetzes wegen Unterschreitens der Einwohnerzahl von 80.000 Einwohner eine anteilige Finanzierung vom Land oder vom Bund zu erhalten?
- Welche Überlegungen und Schritte unternimmt die Stadt, um die Förderung des Landes für den Brückenneubau, auch unabhängig von der Durchführung der Bundesgartenschau, sicherzustellen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, thematisiert die Besetzung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten. Der Antrag wurde zur damaligen Zeit mit dem Ansinnen, dass eine Kinder- und Jugendvertretung etabliert wird, eingebracht. Dies ist bis heute nicht gelungen. Er möchte wissen, wie die nächsten Arbeitsschritte aussehen und wann die Kinder und Jugendlichen in den demokratischen Prozess der Mitbestimmung eingereiht werden. Er regt an, dass bei einer Fremdvergabe der auszuschreibenden Stelle jemand aus der Region berücksichtigt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck kann diesbezüglich keine abschließende Antwort erteilen. Er sichert eine schriftliche Beantwortung sowie die Berichterstattung im zuständigen Fachausschuss zu.

Frau Grahneis, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte erfahren, ab wann mit dem Hebesatz für die neue Grundsteuer zu rechnen ist. Nach einer Mitteilung vom Finanzamt sollen bereits ab dem 15.02.2025 die ersten Abbuchungen erfolgen. Es muss bedacht werden, dass sich für die Bürger keine Mehrbelastung ergibt.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, informiert, dass in der Sitzung des Stadtrates am 16.10.2024 eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht wird. Er weist darauf hin, dass der Bundesgesetzgeber das Ziel einer Aufkommensneutralität gesetzt hat und die Stadtverwaltung muss in den Rahmenbedingungen des Gesetzgebers agieren.

Die zweite Anfrage von **Frau Stadträtin Grahneis** thematisiert die kürzlichen Vorkommnisse in Mosigkau hinsichtlich des Umgangs mit einer politisch engagierten Bürgerin. Durch einen Stadtrat wurde das Dorf mobilisiert gegen die Entscheidung der Ortschaftsratswahl, u. a. mit Demonstrationen, Unterschriftensammlung und Anbringung von Trauerflor, anzugehen. Dies ist für sie eine Form von Hetze und psychischer Gewalt und hat nichts im demokratischen Diskurs zu suchen. Sie verurteilt das Handeln des Stadtratsmitgliedes und äußert ihre Enttäuschung über das Nicht-handeln von Menschen in offiziellen Positionen, die sie um Hilfe gebeten hatte.

Frau Perl, Fraktion SPD, möchte den aktuellen Bearbeitungsstand in Bezug auf die Kindertageseinrichtung „Baustein“ erfahren.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informiert, dass der Auftrag ausgelöst wurde. Es wurden auch Mittel im Haushalt gefunden, um die zusätzliche Sanierungsaufgabe anzugehen. Weiterhin wurde ein Architekt beauftragt einen Entwurf bis Anfang Oktober zu erarbeiten. Wenn die Ergebnisse vorliegen, wird es einen gemeinsamen Termin zur Auswertung geben.

Ferner thematisiert **Frau Stadträtin Perl** die aktuelle Situation der Haushaltslage in Bezug auf die Finanzierung der Schulsozialarbeit. Sie möchte erfahren, was mit den

Trägern der Jugend- und Sozialarbeit geschieht, falls der Haushalt 2025 erst im Januar beschlossen werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass dies ein über mehrere Jahre gefördertes Projekt ist, was auch weiterhin funktionieren wird. Bei Stellen, die derzeit nicht gefördert werden, liegen unbefristete Festanstellungen vor. Somit hat er keine Bedenken hinsichtlich der Schulsozialarbeit. Ferner erläutert er, dass wenn vertragliche Beziehungen bestehen, werden auch diese in der satzungslosen Zeit fortgeführt.

Herr Jakob Uwe Weber, fraktionsloses Stadtratsmitglied, möchte erfahren, ob es einen aktuellen Sachstand bezüglich der Sanierungsstände der Kindergarten- und Schulgebäude gibt und wie die Prioritätenliste aufgestellt ist, in Bezug auf die anstehenden Sanierungsmaßnahmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass in Bezug auf die Sanierung der Schulen eine Beschlusslage aus dem Jahr 2020 existiert. Dort sind die zeitnahen, mittelfristigen sowie langfristigen Prioritäten gekennzeichnet. Eine Zeitschiene kann man den Anlagen der Beschlussvorlage nicht entnehmen. Die genaue Beantwortung bzgl. der Sanierungen der Kindertagesstätten sowie der Schulen wird schriftlich nachgereicht.

Ferner thematisiert **Herr Stadtrat Weber** den §5 Absatz 2 des Bundesfernstraßengesetzes. Er berichtet, dass eine Kommune nur noch auf Antrag für die Ortsdurchfahrten zuständig ist, wenn sie im dritten Haushaltjahr unter 80.000 Einwohner zählt. Ansonsten gehen die Zuständigkeiten an das Land bzw. an den Bund über. Er möchte wissen, ob die Stadt Dessau-Roßlau beabsichtigt solch einen Antrag zu stellen oder ob sie die Verantwortung für die Ortsdurchfahrten der Bundesstraßen an die bundesweiten Behörden abgibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass diesbezüglich eine Verwaltungsauffassung vorliegt, aber die Thematik zunächst in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert werden muss. Aus der Sicht der Stadtverwaltung gibt es gute Gründe zur Beibehaltung der Trägerschaft.

Die dritte Anfrage von **Herrn Stadtrat Weber** bezieht sich auf die Haushaltsmittel für die Heimatpflege. Er möchte wissen, ob die 40 % noch in diesem Jahr ausgezahlt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass bereits Gespräche mit dem Referat für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten geführt wurden und eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

Weiterhin informiert **Herr Stadtrat Weber** über ein Gespräch am 13.06.2024 in der Anhalter Straße. Er war persönlich kurzer Zeit bei dem Gespräch dabei und konnte die Bedenken der Bürgerschaft bzgl. des Gebäudes vortragen. Andere Inhalte wurden in seiner Gegenwart nicht besprochen und dies kann er auch eidesstaatlich er-

klären. Des Weiteren gibt er bekannt, dass es demnächst eine Ergänzungswahl in der Ortschaft Mosigkau geben wird. Seiner Meinung nach hat er nichts Undemokratisches getan. Es wurden auch 300 Unterschriften der Bürger gesammelt, welche für den Rücktritt plädieren.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, thematisiert die Verkehrssicherheit in Bezug auf die B 185 (Oranienbaumer Chaussee / Ortseingang Mildensee), wo sich bereits einige Verkehrsunfälle ereigneten. Bei einem Vor-Ort-Termin registrierte er in kürzester Zeit diverse Rotlichtverstöße. Seiner Meinung nach werden dort bauliche Maßnahmen der Verkehrssicherheit, bspw. durch eine Vorampel oder ein Lichtsignalanlagenblitzgerät, benötigt oder auch ein höherer Kontrolldruck. Er möchte erfahren, ob die Stadt Kenntnisse besitzt über aktuell geplante Maßnahmen seitens des Landes bzw. ob sie Gespräche mit dem Land dahingehend führen wird. Ferner fragt er an, ob die Stadt eigene Maßnahmen plant.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, informiert, dass die Straßenbaulast für den Kreuzungsbereich nicht bei der Stadt Dessau-Roßlau liegt. Derzeit werden entsprechende Daten der oberen Verkehrsbehörde bzw. dem Ministerium zugearbeitet, wo zurzeit Abstimmungen bzgl. der Gefahren- und Datenlage stattfinden. Nach der Auswertung innerhalb der nächsthöheren Behörde werden Maßnahmen festgelegt, welche durch die zuständige Behörde und durch die Stadtverwaltung ausgeführt werden.

Herr Stadtrat George fragt nach, ob es entweder beabsichtigt ist die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten zu halbieren und auf andere Positionen zu legen oder ob, sie wieder vollwertig und fachgerecht nachbesetzt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass derzeit interne Prüfungen stattfinden und nach der Prüfung weitere Aussagen getroffen werden können.

Während des Tagesordnungspunktes verlässt **Herr Stadtrat Schönemann** die Sitzung (46).

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

8 Beschlussfassungen

8.1 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreter für die 8. Wahlperiode 2024 - 2029 **Vorlage: BV/287/2024/I-OB**

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, führt in die Beschlussvorlage sowie in das Procedere der Wahlvorgänge ein.

Der **Vorsitzende des Stadtrates** bringt die Wahlvorschläge der Fraktionen für die 9 stimmberechtigten Mitglieder sowie der Stellvertreter gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII zu einer offenen Abstimmung. **Die Wahlvorschläge der Fraktionen werden in beiden Fällen angenommen (44:00:02).**

Während der Ausgabe der Stimmzettel für den ersten Wahlgang gibt **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, die Mitglieder der Zählkommission bekannt: Frau Koschig (Fraktion Freies-Bürger-Forum), Herr Dr. Hofmann (Fraktion CDU), Herr Dr. Brozowski (Fraktion Freies-Bürger-Forum), Herr Kellner (Fraktion CDU) und Herr Dr. Joachim Nothdurft (Fraktion AfD).

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission im Sitzungssaal der DVV wird von **Herrn Rumpf** folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Urbanistisches Bildungswerk Dessau e. V.	25 Stimmen
Ölmühle e. V.	21 Stimmen
K. I. E. Z. e. V.	20 Stimmen
St. Johannis GmbH	17 Stimmen
Katholische Pfarrei St. Peter und Paul	07 Stimmen.

Da nur das Urbanistische Bildungswerk Dessau e. V. die erforderliche Mehrheit erreicht hat, ist ein zweiter Wahldurchgang notwendig. Das Ergebnis wird vom Stadtratsvorsitzenden bekanntgegeben:

K. I. E. Z. e. V.	16 Stimmen
Ölmühle e. V.	13 Stimmen
St. Johannis GmbH	09 Stimmen
Katholische Pfarrei St. Peter und Paul	05 Stimmen.

Das Urbanistische Bildungswerk Dessau e. V. und der K. I. E. Z. e. V. sind die gewählten Mitglieder des Jugendhilfeausschuss aus der Gruppe der freien Träger. Danach werden die Stimmzettel für den zweiten Wahlgang ausgereicht.

Während der Durchführung einer 15-mündigen Pause verlässt Frau Müller, Fraktion CDU, die Sitzung (45).

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission wird von Herrn Rumpf folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Behindertenverband Dessau e. V.	38 Stimmen
Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft Dessau e. V.	28 Stimmen
Diakonische Werk im Kirchenkreis Dessau e. V.	05 Stimmen
Evangelische Kirchgemeinde Rodleben	10 Stimmen
Fortbildungsakademie der Wirtschaft Dessau gGmbH	02 Stimmen
Internationale Bund IB Mitte gGmbH	08 Stimmen
Katholische Pfarrei St. Peter und Paul	07 Stimmen

Lebenshilfe Dessau e. V.	22 Stimmen
Malteser Hilfsdienst gemeinnützige gGmbH	01 Stimme
Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.	07 Stimmen
Ölmühle e. V.	22 Stimmen
Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Sachsen-Anhalt	15 Stimmen
St. Johannis GmbH	12 Stimmen.

Da nur der Behindertenverband Dessau e.V. sowie die Arbeits- und Sozialförderungsgesellschaft e. V. die erforderlichen Mehrheiten erreicht haben, ist ein zweiter Wahldurchgang notwendig. Das Ergebnis wird vom Stadtratsvorsitzenden bekanntgegeben:

Ölmühle e. V.	25 Stimmen
Lebenshilfe Dessau e. V.	14 Stimmen
Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Sachsen-Anhalt	14 Stimmen.

Aufgrund der Stimmgleichheit ist ein Losentscheid zwischen dem Paritätischen Wohlfahrtsverband LV Sachsen-Anhalt und der Lebenshilfe Dessau e. V. notwendig. Gewählt ist durch die Losziehung die Lebenshilfe Dessau e. V.. Eine Übersicht der gewählten stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreter ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Der Vorsitzende des Stadtrates stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Wahlvorschläge der Fraktionen für die neun stimmberechtigten **Mitglieder** gemäß § 71 (1) SGB VIII (in der Anlage 2).
2. Der Stadtrat wählt aus den Bewerbungen der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (gemäß § 75 SGB VIII) die Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss, die in der Gebietskörperschaft Dessau-Roßlau, auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig sind.
 - 2.1 Der Stadtrat wählt gemäß § 4 Abs. 3 S. 2 KJHG-LSA i. V. m. § 5 (1) Punkt 2 der Satzung des Jugendamtes aus der Gruppe der Träger der freien Jugendhilfe, die im Bereich der **Jugendarbeit** tätig sind (**Anlage 3 grün unterlegt**), zwei stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter.
 - 2.2 Der Stadtrat wählt dann gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 KJHG-LSA und § 5 (1) Punkt 2 der Satzung des Jugendamtes aus den in der Anlage 3 eingereichten Bewerbungen weitere vier stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter, die auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe eingereicht wurden.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

8.2 Berufung der Stadtbezirksbeiräte **Vorlage: BV/303/2024/I-OR**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass Frau Stadträtin Isolde Grabner von der Fraktion Freies-Bürger-Forum als Vorschlag für den Stadtbezirk Süd, Haideburg, Törten nachträglich vorgeschlagen wird.

Die Beschlussvorlage wird vom Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beruft die Mitglieder der Stadtbezirksbeiräte.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

8.3 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle **Vorlage: BV/266/2024/I-30**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, führt in das Wahlprocedere ein.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, merkt an, dass die Fraktion sich nicht ausreichend informiert bzw. vorbereitet fühlt, da keine persönliche Vorstellung der Kandidaten erfolgte.

Herr Herbst, Fraktion CDU, und Herr Zoogbaum, Fraktion AfD, verlassen die Sitzung (43).

Nach der Ausgabe der Stimmzettel und der Abgabe der Stimmen wird eine Pause von 35 Minuten durchgeführt. Herr Tschammer, Fraktion SPD, verlässt innerhalb der Pause die Sitzung (42).

Aufgrund eines Fehlers innerhalb der Auszählung schlägt der **Vorsitzende** vor mit der Tagesordnung, während der erneuten Auszählung, fortzufahren. Die Anfrage wird abgelehnt. Daraufhin wird eine erneute Pause von 15 Minuten durchgeführt.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission im Sitzungssaal der DVV wird von **Herrn Rumpf** folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Herr Stephan Reichert	24 Stimmen
Frau Liane Wolfgang	30 Stimmen
Herr Klemens Schuberth	20 Stimmen
Herr Peter Lummitsch	18 Stimmen
Frau Claudia Persin	19 Stimmen
Herr Olaf Dany	20 Stimmen

Frau Bianca Weißbach	28 Stimmen
Frau Sabine Nittka	25 Stimmen
Herr Ralf Schaffranka	22 Stimmen
Frau Christiane Bünnig	21 Stimmen.

Aufgrund einer Stimmgleichheit muss eine Stichwahl zwischen Frau Vicky Busch, Herrn Michael Bauer und Frau Beatrix Pfennigsdorf durchgeführt werden. Das Ergebnis der Stichwahl gibt der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, bekannt:

Frau Vicky Busch	21 Stimmen
Frau Beatrix Pfennigsdorf	31 Stimmen.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied, betritt die Sitzung (43).

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die ab 01.02.2025 beginnende Amtsperiode.

Abstimmungsergebnis: 38:01:04

8.4 Bestimmung von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Stadtspar- kasse Dessau Vorlage: BV/203/2024/I-07

Der Tagesordnungspunkt wurde vom Einreicher zurückgezogen.

8.5 Neuwahl der Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalver- sammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg Vorlage: BV/278/2024/I-61

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrats, erläutert das Wahlprocedere.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte wissen, ob auch Personen wählbar sind, die nicht Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau sind.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, erläutert, dass eine Kandidatur möglich ist, wenn sich der Wohnsitz im Gebiet der Planungsgemeinschaft befindet. In dem vorliegenden Sachverhalt sollte sich der Wohnsitz innerhalb von Dessau-Roßlau, Anhalt-Bitterfeld sowie Wittenberg befinden.

Herr Fricke, Fraktion SPD, möchte wissen, ob es zulässig ist zwei Sitze für zwei verschiedene Kommunen in einem Gremium wahrzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Entsendung über die Kreistage erfolgt und seiner Meinung nach nicht zwei Stimmen gleichzeitig ausgeübt werden dürfen.

Nach der Auszählung der Stimmen für die Vertreter der Regionalversammlung durch die Zählkommission wird von Herrn Rumpf folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Herr Frank Rumpf	26 Stimmen
Herr Hannes Loth	13 Stimmen
Herr Robert Hartmann	16 Stimmen
Frau Christine Bebbler	12 Stimmen
Frau Marianne Richter	13 Stimmen
Herr Timm Szelejewski	03 Stimmen
Herr Frank Hoffmann	05 Stimmen.

Da nur Herr Frank Rumpf die erforderliche Mehrheit erreicht hat, ist ein zweiter Wahldurchgang notwendig. Das Ergebnis wird vom Stadtratsvorsitzenden bekanntgegeben:

Herr Hannes Loth	14 Stimmen
Herr Robert Hartmann	16 Stimmen
Frau Christine Bebbler	12 Stimmen
Frau Marianne Richter	16 Stimmen
Herr Timm Szelejewski	03 Stimmen
Herr Frank Hoffmann	06 Stimmen.

Herr Frank Rumpf, Herr Robert Hartmann sowie Frau Marianne Richter sind die gewählten Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld - Wittenberg.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied, zieht seine Kandidatur als Stellvertreter zurück. Danach werden die Stimmzettel für die Wahl der Stellvertreter ausge reicht.

Nach der Auszählung der Stimmen durch die Zählkommission wird von Herrn Rumpf folgendes Wahlergebnis bekanntgegeben:

Herr Christian Focke	22 Stimmen
Herr Ingmar Nothdurft	14 Stimmen
Herr Hans Tschammer	14 Stimmen
Frau Dr. Gerit Grünthal	15 Stimmen
Herr Klemens Koschig	19 Stimmen

Herr Michael Berghäuser

04 Stimmen.

Da nur Herr Christian Focke die erforderliche Mehrheit erreicht hat, ist ein zweiter Wahldurchgang notwendig. Das Ergebnis wird vom Stadtratsvorsitzenden bekanntgegeben:

Herr Klemens Koschig

20 Stimmen

Frau Dr. Gerit Grünthal

19 Stimmen

Herr Ingmar Nothdurft

15 Stimmen

Herr Hans Tschammer

09 Stimmen

Herr Michael Berghäuser

03 Stimmen.

Herr Christian Focke, Herr Klemens Koschig sowie Frau Dr. Gerit Grünthal sind die gewählten Stellvertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg.

Der Vorsitzende des Stadtrates stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau entsendet – nach Wahl vorgeschlagener Personen durch den Stadtrat – drei Vertreterinnen bzw. Vertreter sowie entsprechend drei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.
2. Die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird über die ausgewählten Personen informiert.

Abstimmungsergebnis: 38:00:05

8.6 Zulässigkeit des "Bürgerbegehrens gegen die geplante Finanzierung der BUGA 2035"

Vorlage: BV/293/2024/I-OB

Nach einer kurzen Aussprache stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt die Zulässigkeit des „Bürgerbegehrens gegen die geplante Finanzierung der BUGA 2035“ fest.
2. Im Einvernehmen mit den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens wird der Tag des Bürgerentscheides auf den 1. Dezember 2024 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

8.7 Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates, der Ortschaftsräte und der ehrenamtlich Tätigen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/284/2024/I-OB

Herr Hoffmann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, möchte den aktuellen Sachstand des juristischen Verfahrens bezüglich der Entschädigungssatzung erfahren. Er weist darauf hin, dass die Nichtvergütung der Funktion der stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden falsch und ungerecht wäre.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass dies noch ein schwebendes Verfahren ist.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, erläutert, dass Gespräche mit dem beauftragten Anwalt geführt wurden. Der Sachverhalt verharnt immer noch beim Verwaltungsgericht und es wurde noch kein Termin zur mündlichen Verhandlung festgesetzt. In der vorliegenden Änderungssatzung wurden bisher nur unstrittige Positionen aufgenommen.

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (03:36:04).

Nach einer Aussprache stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Änderungssatzung zur Satzung der Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates, der Ortschaftsräte und der ehrenamtlich Tätigen der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 24:15:04

Gemäß § 14 Absatz 5 in Verbindung mit § 1 Absatz 4 Sätze 3 bis 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse dürfen nach 22:00 Uhr keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen werden. Wenn eine Sitzung des Stadtrates vor Erschöpfung der Tagesordnung vertagt werden muss, kann die Sitzung zur Erledigung der restlichen Tagesordnungspunkte am nächsten Tag fortgesetzt werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates** schließt die Sitzung des heutigen Stadtrates um 22:00 Uhr und gibt bekannt, dass die Sitzung am morgigen Tag (12.09.2024) um 18:00 Uhr im Sitzungssaal der DVV fortgesetzt wird.

Fortsetzung der Sitzung des Stadtrates

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Fortsetzung der Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 35 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Frau Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, betritt die Sitzung (36).

Bevor die Tagesordnung fortgesetzt wird, informiert **Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**, über eine Informationsveranstaltung am 16.09.2024 zur Schulung der Aufsichtsräte, wo noch Anmeldungen bis morgen 10:00 Uhr an das Finanzdezernat erfolgen können. Weiterhin berichtet er, dass am 16.10.2024 während der Sitzung des Stadtrates die Möglichkeit auf eine Registrierung der BUND ID besteht. Das Referat IT sowie das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung werden an dem Tag vor Ort sein und die Registrierungen durchführen.

8.8 Bauhausjubiläum 2025/2026 – Durchführung des städtischen Jubiläumsprogramms **Vorlage: BV/264/2024/I-41**

Frau Willing-Stritzke, Leiterin des Amtes für Kultur, führt kurz in die Beschlussvorlage ein. Sie bietet ihre Gesprächsbereitschaft, auch außerhalb der Sitzung, bei ungeklärten Fragen an.

Nach einer Aussprache stellt **Herr Diederling, Fraktion AfD**, gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Kultur und Sport. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (13:23:00). Danach wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau, federführend das Kulturamt und seine nachgeordneten Einrichtungen, planen, organisieren und führen das städtische Jubiläumsprogramm zum Bauhausjubiläum 2025/2026 durch.
2. Ausgehend vom aktuellen Planungsstand werden Eigenmittel bereitgestellt und entsprechende Fördermittel beim Land Sachsen-Anhalt und weiteren Drittmittelgebern beantragt.
3. Über die sich konkretisierenden Projekte und Fördermittelzusagen wird regelmäßig im Ausschuss für Kultur und Sport berichtet. Über das finale Programm inkl. der Budgetausstattung wird der Stadtrat informiert.

Abstimmungsergebnis: 23:11:02

8.9 Gewährung einer Zuwendung an den Verein Bahntechnologie Dessau e.V. zur Erarbeitung einer "Machbarkeitsstudie zur Errichtung des TRAINScenters an der Roßlauer Allee (ehemaliger Güterbahnhof)" Vorlage: BV/247/2024/I-61

Gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse zeigt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sein Mitwirkungsverbot für den Tagesordnungspunkt an und verlässt die Sitzung (35).

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, betont, dass sein nachfolgender Redebeitrag sich nicht gegen das TRAINS-Projekt als solches richtet. Er hatte im letzten Wirtschaftsausschuss für seine Fraktion Kritikpunkte und Fragen geäußert. Im Wesentlichen ging es um die Intransparenz der Grundstücksauswahl sowie den Denkmalschutz der Gebäude und des Umfelds. Diesbezüglich wurde er auf die Machbarkeitsstudie verwiesen, die Ergebnisse bringen soll. Des Weiteren wurde er auf eine umfangreiche Vorstudie hingewiesen, um deren Übersendung er gebeten hatte. Daraufhin entstand ein beidseitiges Kommunikationsproblem. Die übermittelten Links sind nicht bei ihm angekommen, sondern nur bei den regulären Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses. Er stellt fest, dass die Links auch allen Stadträten zur Verfügung hätten gestellt werden können. Das Ausschussmitglied seiner Fraktion befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im Urlaub. Auch im Bauausschuss äußerte Stadtrat Dr. Brozowski einen Teil seiner Fragen und Bedenken und wurde auch dort nicht darüber informiert, dass eine Übersendung bereits erfolgte. Daraufhin schrieb er einen Brief an den Oberbürgermeister und bat um Übersendung. Einige Tage später erhielt er eine Antwortmail mit einer Entschuldigung, den entsprechenden Links und dem Hinweis, dass eine Übersendung leider nur an die Mitglieder des Ausschusses erfolgt ist. In der Kürze der Zeit hat sich seine Fraktion diese Studien und Berichte nur teilweise ansehen können. Es wurde festgestellt, dass die Aussagen in den Studien sehr vage und kurz sind, wenn es um die Flächenauswahl geht. In Teilen der Berichte wurden des Weiteren Schwärzungen vorgenommen. Insofern konnten keine neuen Erkenntnisse zur Flächenauswahl gewonnen werden. Aus diesen Gründen muss er sich gegen die Vorlage aussprechen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt nach einer Nachfrage fest, dass es sich bei dem Redebeitrag von Stadtrat Dr. Brozowski um ein Statement handelt und Fragen nicht beantwortet werden sollen.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, bestätigt, dass die Beschlussvorlage im Wirtschaftsausschuss mittels einer Power Point Präsentation behandelt wurde. Er zeigt sich von dem Projekt fasziniert. Mit dem alten Güterbahnhof liegt nach wie vor ein städtebaulicher Missstand vor. Wie dieser als Denkmal in das Projekt eingebunden wird, wird die Projektbroschüre aufzeigen. Es geht hier um Forschung und Entwicklung, um Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Es geht darum, Wasserstoff und Ammoniak als Treibstoffalternativen zum herkömmlichen Diesel zu entwickeln. Er berichtet von alternativen Anträgen für die Binnenschifffahrt bei der Rhein-konferenz in Düsseldorf, bei der sehr interessante Projekte vorgestellt wurden, die

möglicherweise auch für den Industriehafen Roßlau interessant sein könnten. Stadtrat Mrosek bittet darum, der Vorlage zuzustimmen, bei der es nicht um Millionen geht, sondern um die Zukunft der Stadt Dessau-Roßlau. Die Deutsche Bahn AG besitzt 4.800 Dieselloks, die eventuell umgerüstet werden könnten. Wenn das Know-how aus Dessau-Roßlau stammt, wäre die Stadt nicht nur durch das Bauhaus oder durch Junkers bekannt, sondern auch durch TRAINS mit dieser Innovation. Es ist bekannt, dass dies mit viel Arbeit verbunden ist und auch der Umgang mit den Gefahren durch Ammoniak ist nicht außer Acht zu lassen. Die Wissenschaft arbeitet jedoch daran, wie in Düsseldorf zu sehen war. Das ist möglicherweise die Zukunft und wenn Dessau-Roßlau hier Pionierarbeit leisten kann, ist viel gewonnen. Er bietet den Stadträten an, das entsprechende Projekt zur Verfügung zu stellen.

Frau Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte wissen, was ein Forschungsprojekt mit dem ausgewählten Grundstück zu tun hat und ob man sich auf dieses Grundstück festlegen muss.

Frau Steinhart, Projektleiterin im Dezernat des Oberbürgermeisters, informiert, dass der Oberbürgermeister aufgrund der Mitgliedschaft im Verein der Bahntechnologie befangen ist. Weiterhin erläutert sie, dass es eine Standortstudie mit der Prüfung von verschiedenen Standorten im Vorfeld gegeben hat. Nun erfolgt im Rahmen der Machbarkeitsstudie die Prüfung sowie Untersetzung des Standortes hinsichtlich der Eignung nach dem Denkmal- sowie Umweltschutz.

Frau Stadträtin Grabner möchte erfahren, wieso nicht auch andere Standorte in die Machbarkeitsstudie mit eingebunden werden.

Frau Steinhart erklärt, dass im Vorfeld bereits Vorstudien, wo diverse Grundstücke betrachtet wurden, durchgeführt wurden. Das Ergebnis der Studien ergab den derzeit vorliegenden Standort, wo nun die Tiefenprüfung beginnt.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, kann kein Mitwirkungsverbot des Oberbürgermeisters erkennen, es sei denn, dieser wäre auch Mitglied des Vorstandes des Vereins. Er erläutert den Unterschied zwischen Befangenheit und Mitwirkungsverbot. Skeptisch äußert er sich zur Vorlage, bei der mit vielen bunten Worten „Leuchttürme“ versprochen werden. Seine Fraktion wird der Vorlage trotzdem zustimmen, er persönlich aus pragmatischen Gründen, da schon sehr viel Geld und Arbeit in das Projekt geflossen sind. Zur Auswahl des Grundstückes verweist er auf die Vorstudie. Die Denkmalschutzfragen werden mit untersucht und auch am Ende bei der Baugenehmigung sind noch denkmalschutzrechtliche Aspekte zu beachten.

Herr Stadtrat Dr. Brozowski bezieht sich auf den Redebeitrag von Frau Stadträtin Grabner und stellt noch einmal fest, dass die Ausführungen zur Flächenvorauswahl, die in der Kürze der Zeit in Augenschein genommen werden konnten, sehr vage und undeutlich sind, sodass nicht klar wird, warum dieses Grundstück ausgewählt wurde aus den drei zur Auswahl stehenden Grundstücken. Er bezieht sich weiter auf die Ausführungen von Stadtrat Mrosek und erklärt, dass auch in der Power Point Prä-

sensation im Wirtschaftsausschuss nicht deutlich wurde, wie es zu dieser Flächenauswahl kam.

Herr Stadtrat Mrosek erläutert zur Standortauswahl, dass diese in der unmittelbaren Nähe zum Hauptbahnhof, den Gleisanschlüssen des Güterbahnhofes und der eventuell vorhandenen Teststrecke nach Wörlitz begründet ist. Auch die Gleisanschlüsse an die Gleise der Deutschen Bahn AG war mit ursächlich sowie die Fläche als solche. Es handelt sich hier um Eisenbahnen, die umgerüstet werden müssen und um dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt, das hier entsteht, mit einer möglichen Produktion dieser neuen Antriebsanlagen, was ein großer Gewinn für Dessau-Roßlau wäre gerade im Hinblick auf die Entstehung von Arbeitsplätzen. Bezüglich der Bedenken zum Denkmalschutz schließt er sich den Ausführungen von Stadtrat Fricke an. Bei einem Bauantrag müssen Auflagen erfüllt werden. Alle Belange sind dort inbegriffen. Die Flächenauswahl erfolgte, weil die Infrastruktur mit Schienen und die Freiflächen vorhanden sind.

Der Vorsitzende des Stadtrates stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 10.06.2020 zur Bewilligung eines Zuschusses an die Dessauer Verkehrs- und Eisenbahngesellschaft mbH (DVE) im Rahmen des Projektes TRAINS (BV/079/2020/IV-80) wird aufgehoben.
2. Der Antrag des Vereins Bahntechnologie Dessau e.V. zur Gewährung einer Zuwendung zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung des TRAINScenters an der Roßlauer Allee (ehemaliger Güterbahnhof) in Höhe von 70.000,00 EUR wird bewilligt.

Abstimmungsergebnis: 33:01:01

Nachdem Tagesordnungspunkt betritt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** die Sitzung (36).

8.10 Erweiterung der Erleichterungen bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2022 bis 2025 und Umsetzungsplan **Vorlage: BV/228/2024/II-20**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verlässt die Sitzung (35).

Beschluss:

1. Die Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2022 bis 2025 der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Anlage 1 / Punkt 1 werden beschlossen.

2. Der Umsetzungsplan zur Aufstellung der Jahresabschlüsse 2022 bis 2025 gemäß Anlage 1 Punkt 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

8.11 5. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss – Energetische und Allgemeine Sanierung einschließlich Außenanlagen und Ausstattung der Sekundarschule „An der Biethe“, Haus 1 (STARK III)
Vorlage: BV/262/2024/III-65

Herr Nolte, fraktionsloses Stadtratsmitglied, berichtet von unverlässlichen Firmen während des Bauvorhabens und er möchte dahingehend erfahren, wie solche Probleme in der Zukunft verhindert werden sollen. Des Weiteren möchte er wissen, ob die betroffenen Firmen bei zukünftigen Ausschreibungen weiterhin berücksichtigt werden.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass diese Baumaßnahme kein Ruhmesblatt für das Amt für Zentrales Gebäudemanagement darstellt. Über die 5. Novellierung wurde bereits ausführlich im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität berichtet. Die Mehrbelastung sowie die Verzögerungen können nicht nur den Baufirmen angelastet werden. Wenn einmal aus dem Bauzeitplan abgewichen wird, entsteht eine Verschiebung, die zu keinem vernünftigen Zeitplan für die Firmen führt. Somit können die Fragen nicht abschließend beantwortet werden. Ferner führt sie weiterhin in die Beschlussvorlage ein.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, betritt die Sitzung (36).

Der **Vorsitzende des Stadtrates** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf für die energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule „An der Biethe“ Haus 1, erhöht sich von 12,71 Mio. Euro um weitere 1,24 Mio. Euro auf 13,95 Mio. Euro. Die zusätzlichen finanziellen Mittel in Höhe von 1,24 Mio. Euro werden bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 34:00:02

8.12 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen
Vorlage: BV/241/2024/III-66

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebungssatzung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

8.13 Bevollmächtigung eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau in der Verbands-versammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe-Fläming
Vorlage: BV/269/2024/III-66

Beschluss:

Herr Felix Drigert wird bevollmächtigt, die Stadt Dessau-Roßlau in der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe-Fläming zu vertreten.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

8.14 Bestätigung der Mandate der Vertreterinnen und Vertreter für die Verbandsversammlungen der auf dem Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau tätigen Gewässerunterhaltungsverbände.
Vorlage: BV/277/2024/III-66

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau bestätigt die Mandate der im Folgenden benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung als Vertreterinnen und Vertreter für das Gremium „Verbandsversammlung“ der auf dem Gebiet der Stadt-Dessau-Roßlau tätigen Gewässerunterhaltungsverbände (UHV):

- | | |
|-------------------------|---|
| - UHV Taube-Landgraben: | Herr Lehmann, Stellvertreterin: Frau Szmais |
| - UHV Nuthe-Rossel: | Herr Schach, Stellvertreter: Herr Schlegel |
| - UHV Mulde: | Herr Sohmen, Stellvertreter: Herr Schlegel |

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.15 Honorarordnung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/298/2024/IV-40**

Nach einer Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Honorarordnung für die Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Honorarordnung tritt rückwirkend zum 01.08.2024 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.16 Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Sollnitz im Jahr 2026
Vorlage: BV/089/2024/V-37**

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, berichtet, dass seit dem Jahr 2017 eine Zuwendungsrichtlinie für den Brandschutz besteht. Dahingehend möchte er erfahren, ob für die vorliegenden Fahrzeuge Fördermittel beantragt wurden. Im Fall, dass der Fördermittelantrag abgelehnt wurde, möchte er den Grund der Ablehnung erfahren.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass die Ausführungen bereits in den entsprechenden Fachausschüssen getätigt wurden. Die Fördermittel wurden seitens der Stadt beantragt.

Herr Lange-Lippmann, stellvertretender Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, erläutert, dass zentrale Förderungsmaßnahmen des Landes stattfinden, welche im Vorfeld beantragt werden müssen. Grundsätzlich wird bei jeder Ausschreibung, die Möglichkeit einer Beantragung von Fördermitteln, untersucht.

Herr Stadtrat Kaßner möchte konkret wissen, ob für die vorliegenden Fahrzeuge entsprechende Fördermittel beantragt worden. Daraufhin entgegnet Herr Lange-Lippmann, dass diese in der Beschlussvorlage nicht aufgeführt sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung, ob in dem konkreten Sachverhalt Fördermittel beantragt wurden, zu. Er informiert, dass in der Verwaltung generell nach Fördermittelmöglichkeiten gesucht wird.

Nach einer weiteren Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Sollnitz in Höhe von 475.000,00 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

8.17 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Alten im Jahr 2026
Vorlage: BV/090/2024/V-37

Beschluss:

Die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Alten in Höhe von 475.000,00 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

8.18 Beschaffung eines Gerätewagens Logistik für den Katastrophenschutz im Jahr 2025
Vorlage: BV/091/2024/V-37

Beschluss:

Die Beschaffung eines Gerätewagens Logistik für den Katastrophenschutz in Höhe von 350.000,00 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:04:04

8.19 Novellierung zur Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau im Jahr 2025.
Vorlage: BV/240/2024/V-37

Herr Fricke, Fraktion SPD, vermutet eine fehlerhafte Darstellung der Finanzierung. Der Deckungsvorschlag lautet über 534.000 Euro, der darüber stehende Haushaltsansatz über 275.000 Euro. Hier sieht er 200.000 Euro für das Fahrgestell sowie 75.000 € für den Transporter. Seiner Meinung nach müsste in der Darstellung der Transporter mit 75.000 Euro ebenso wie die Wenigerinanspruchnahme bei der Sanierung als Deckungsvorschlag bei der Berechnung auftauchen und nicht als Haushaltsansatz.

Die zweite Anfrage von **Herrn Stadtrat Fricke** bezieht sich auf die Ausschreibung des Transportes. Auf seine diesbezügliche Anfrage im Ausschuss für Bürgeranlie-

gen, öffentliche Sicherheit und Umwelt im April erhielt er im Juni die Antwort, dass der Transporter neu ausgeschrieben werden soll. Er möchte den Grund erfahren, warum in der vorliegenden Beschlussvorlage, datierend vom 06.08.2024, plötzlich von einer Zusammensetzung der Summe von 275.000 Euro aus 200.000 Euro für das Fahrgestell und 75.000 Euro für ein Transportfahrzeug für die Berufsfeuerwehr die Rede ist und davon, dass im Jahr 2024 der Betrag von 75.000 Euro für den Transporter aufgrund von Lieferschwierigkeiten des Herstellers nicht ausgegeben werden kann.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, betritt die Sitzung (37).

Herr Lange-Lippmann, stellvertretender Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, informiert, dass der Transporter, mit den technisch festgelegten Parametern, in diesem Jahr aufgrund von Produktionsschwierigkeiten nicht lieferbar ist. Seinem Kenntnisstand nach soll die Neuausschreibung im nächsten Jahr erfolgen.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erläutert, dass in der Beschlussvorlage genau beschrieben ist, wie sich der Haushaltsansatz von 275.000 Euro zusammensetzt. Weiterhin ergibt sich eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung bei der Maßnahme von 70.000 Euro, welche ursprünglich für das Rettungsboot vorgesehen war. Zu der Auftragsauslösung wird für das Tanklöschfahrzeug eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung benötigt. Diese Ermächtigung bedarf einer Erhöhung von 534.000 Euro und sie wird aus der Verpflichtungsermächtigung zur Sanierung des Rathausaltbaus gedeckt. In diesem Jahr wird der Auftrag freigegeben und im Folgejahr erfolgt die Kassenwirksamkeit.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, fragt nach, warum die 75.000 Euro des Transportes nicht im Haushaltsansatz miterfasst wurden und warum dieses nicht im Deckungsvorschlag auftaucht.

Frau Wirth erläutert, dass die Kosten im Haushaltsansatz miteingeplant sind und dies auch so aufgelistet ist. Weiterhin bestätigt sie die Aussage von **Herrn Stadtrat Fricke**, dass der Transporter unter derselben Kostenstelle wie das Tanklöschfahrzeug im Haushalt aufgeführt wird, mit einer Untersetzung von 275.000 Euro.

Nach weiterer umfangreicher Aussprache betont **Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, die Wichtigkeit des Brand- und Katastrophenschutzes und zeigt sich entsetzt über die Diskussion. Es sollte Zustimmung erfolgen, wenn die Berufsfeuerwehr das Fahrzeug benötigt. Es wurden 10,5 Mio. Euro Rückstellungen für die BUGA beschlossen sowie 250.000 Euro für das Bauhausjubiläum, obwohl im Detail nicht bekannt ist, wofür dieser Betrag benötigt wird. Der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr ist großer Dank auszusprechen. Herr Stadtrat Mrosek stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Ende der Debatte. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (28:05:04).

Beschluss:

1. Die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau mit einem erhöhten Gesamtausgabebedarf i. H. v. 809.000,00 EUR wird beschlossen.
2. Für die Maßnahme erfolgt der Beschluss einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 534.000,00 EUR für das Jahr 2024.
3. Umwidmung von 75.000,00 EUR, resultierend aus der Nichtanschaffung im Jahr 2024 für einen Transporter (T4, Caddy 4-motion o. ä.) der Berufsfeuerwehr zur Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges TLF 9000 der Berufsfeuerwehr.

Abstimmungsergebnis: 32:04:01

8.20 Novellierung des Sozialpasses unter Nutzung digitaler Instrumente **Vorlage: FV/008/2024/SPD**

Frau Perl, Fraktion SPD, führt in die Fraktionsvorlage ein.

Nach einer Aussprache stellt der **Vorsitzende des Stadtrates** die Vorlage zur Abstimmung.

Die Fraktionsvorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 15:15:07

8.21 Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Sport für den künftigen Standort unseres Museumsneubaus **Vorlage: FV/012/2024/StR**

Herr Hartmann, Fraktion SPD, stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf eine erneute Verweisung in den Ausschuss für Kultur und Sport. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (07:30:00).

Danach wird die Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Die Fraktionsvorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 02:31:04

8.22 Mindestmaß an angemessener Kleidung bei Sitzungen des Dessau-Roßlauer Stadtrates
Antrag: AN/0008/2024

Die Beschlussvorlage wird in den Haupt- und Personalausschuss verwiesen.

8.23 Aussetzung des Durchführungsbeschlusses, Drucksache BV/100/2024/III, vom 19.06.2024 zur Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035
Antrag: AN/0009/2024

Nach einer Aussprache stellt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** einen Antrag gemäß §11 Absatz 1 Buchstabe d) der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Absetzung der Angelegenheit von der Tagesordnung. Da der Verhandlungsgegenstand bereits in dem zurückliegenden halben Jahr behandelt wurde, ist eine erneute Befassung nicht zulässig. Er plädiert darauf, dass der Sachverhalt nicht vor dem 01.12.2024 behandelt werden soll.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (24:13:00).

8.24 Anpassung der Fristen bei der Beantragung von Förderung für die Kulturarbeit
Antrag: AN/0010/2024

Die Fraktionsvorlage wurde in die Ortschaftsräte sowie Stadtbezirksbeiräte verwiesen.

8.25 Anschaffung von zwei Schilderwagen
Antrag: AN/0011/2024

Herr Adamek, Fraktion CDU, führt in den Antrag ein. Als Einreicher zieht er den Antrag zur weiteren Qualifikation zurück.

Nachdem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:14 Uhr.

Dessau-Roßlau, 13.11.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer

